

FLUTKATASTROPHE IN TRIER UND DEM AHR TAL

Zwei Jahre nach der Flutnacht

Ein Raum für Erinnerung und Fragen. Inwiefern hat sich die Polizei jetzt anders aufgestellt, um besser auf solche Lagen vorbereitet zu sein? Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat erst vor Kurzem einen ersten großen Komplex abgeschlossen, insgesamt wird es aber noch Monate und Jahre dauern, bis dort alles aufgearbeitet ist. Dass die Polizei so in den Fokus rücken würde, hätte zuvor niemand für möglich gehalten, haben wir doch im Rahmen unserer Zuständigkeiten und darüber hinaus alles und Menschenmögliche gegeben. Dennoch ist es so gekommen. Auf der politischen Ebene schwelen noch viele Dinge. Für die Polizei darf dies nicht maßgebend sein. Wir müssen nach vorne schauen. Wir haben Satellitentelefone angeschafft und die PI Bad Neuenahr-Ahrweiler renoviert, Nachbereitungen durchgeführt und Ideen für Verbesserungen gesammelt. Die Arbeit

im Lagezentrum der Polizei wird analysiert und auch dort wird an Optimierungen gearbeitet. Denn auf diese Lage war niemand perfekt vorbereitet. Michael Ebling hat dem HPR eine zeitnahe Aufarbeitung zugesagt. Wir nehmen ihn beim Wort.

Und doch finden wir als GdP Rheinland-Pfalz, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in der Flutnacht selbst, aber auch in den Wochen und Monaten danach, wo auch immer sie eingesetzt waren, alles ihnen Mögliche gegeben haben. Teilweise unter Inkaufnahme von Gefahren für die eigene Gesundheit und das eigene Leben. Hierfür gebührt euch großer Dank und tiefster Respekt und Anerkennung.

Aber eines steht fest und auch wenn wir es selbst nicht werden beeinflussen können: Eine solche Nacht will niemand mehr erleben müssen. ■



DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



RÜCKBLICK DER SOZIALBERATUNG DES PP KOBLENZ

Zwei Jahre Ahr-Flut: eine emotionale Herausforderung für die Polizei

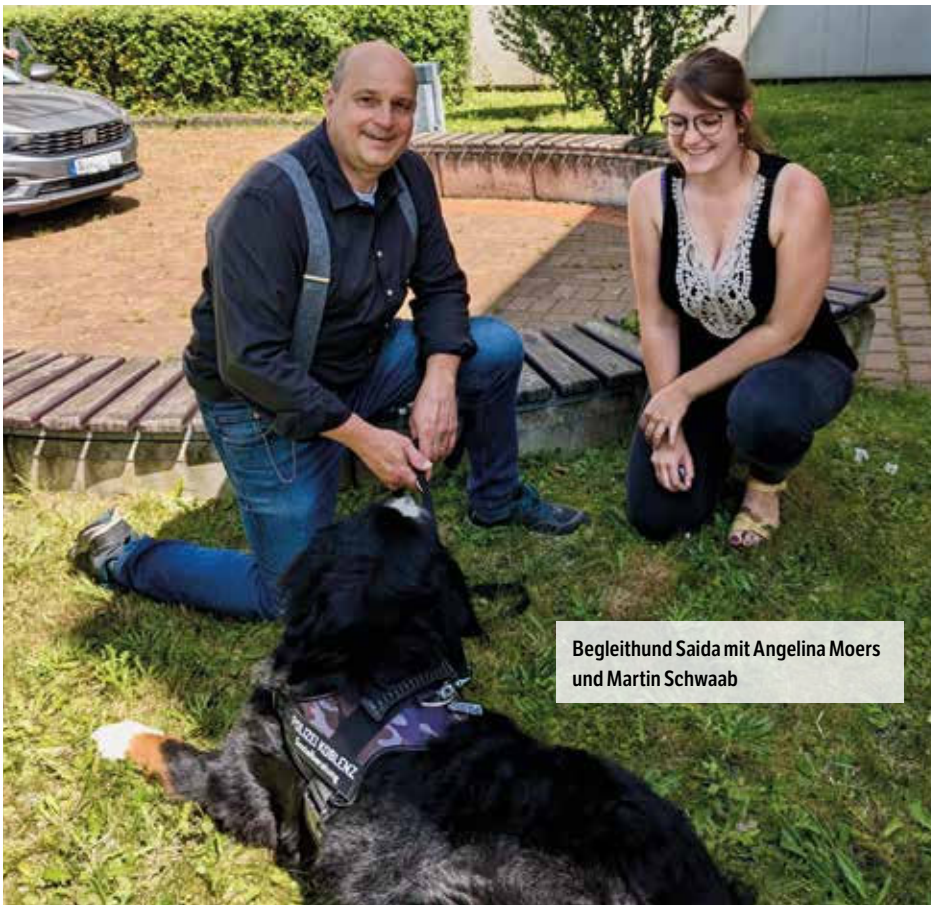
In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli jährt sich die Flutkatastrophe an der Ahr zum zweiten Mal. Nicht nur für die Bewohner*innen des Ahrtals wird dieses Ereignis für immer in Erinnerung bleiben. Auch für die Polizei war die Flutkatastrophe ein nie zuvor dagewesener Einsatz. Ein Einsatz, in dem Kolleg*innen alles gaben, sich neuen Herausforderungen stellten und dabei vielfältige (neue) Belastungsmomente erlebten.

Ein Rückblick

Ab Tag eins war die Sozialberatung gemeinsam mit nebenamtlichen sozialen Ansprechpartner*innen (SAP) und Krisenhelfer*innen (KIT) für die Kolleg*innen mit dem Auftrag „Erhaltung der psychischen Gesundheit im Einsatz“ vor Ort. Es galt, möglichst direkt mit den eingesetzten und z. T. selbst durch die Flut betroffenen Kolleg*innen in Beziehung zu kommen. Vieles war anders, vieles war neu. Der Einsatz an der Ahr war für die meisten Kolleg*innen ein reiner Hilfeinsatz mit hoher Empathie und Mitgefühl den Bürger*innen gegenüber. Erlernte Distanzierungs- und Verarbeitungsmechanismen waren schwer anzuwenden. Ob es die Notrufe von Ertrinkenden oder um Hilfe flehender Menschen, vergeblichen Rettungsversuchen, die eigene Lebensgefahr, die Angst und Sorge um Familienangehörige, Freunde, Kolleg*innen oder eben gerade das Nicht-helfen-Können war – die Belastungsmomente bei dem Einsatz an der Ahr waren so vielseitig und intensiv wie kaum zuvor. Auch die Tage und Wochen nach der Flutnacht waren geprägt von Zerstörung, Heimatverlust, Familientragödien und der Identifizierung von Leichen, darunter auch Kinderleichen.

Psychosoziale Begleitung vor Ort

In Abstimmung mit den Sozialberatungen der anderen Polizeibehörden im Land wurde bereits früh im Rahmen des UA Psychosoziale Begleitung der BAO Ahr ein einheitliches und strukturiertes Vorgehen in der psychosozialen Nachsorge abgesprochen. Am ersten Tag wurde eine 24-Stunden-Hotline mit verschiedenen regionalen Ansprech-



Begleithund Saida mit Angelina Moers und Martin Schwaab

Foto: PP Koblenz



Belastungsmomente in der BAO Ahr

- Notrufe mit vermutlich sterbenden Menschen
- Vergebliche Rettungsversuche (Menschen ertrinken, Verletztenhilfe)
- Leichensachbearbeitung/Identifizierung/Vermisstensuche
- Masse an Toten und Verstümmelungen der Leichen durch die Flutwelle
- Eigene Lebensgefahr
- Opferkenntnis im privaten/nachbarschaftlichen Rahmen
- Familientragödien, Kinderleichen
- Verlust von Angehörigen, Freunden
- Verlust/Beschädigung von Haus/Wohnung der Kolleg*innen und/oder deren Angehörigen
- Verlust von Heimat/wiederholte Auseinandersetzung mit Zerstörungsbild an der Ahr
- Beschädigte Dienststelle (kein „sicherer“ Ort mehr)
- Einsatz über mehrere Tage und Wochen

personen für die eingesetzten Kräfte der Dienststellen und der Kräftesammelstellen eingerichtet. Des Weiteren fuhren die psychosozialen Kräfte in die betroffenen Gebiete der Ahr, um den Kontakt zu eingesetzten Kolleg*innen sowie zu den durch die Flut selbst betroffenen Kolleg*innen zu suchen. Es wurden in den ersten Tagen und Wochen zahlreiche niedrigschwellige Gespräche mit Polizeikräften geführt. Inhaltlich ging es insbesondere um die individuelle Entlastung sowie Reflexion der eigenen Distanzierungsmöglichkeiten und Verarbeitungsmechanismen im laufenden Einsatz. Dabei war ein zentraler Baustein, die Arbeit der Polizeikräfte wertzuschätzen, jedem und jeder einzelnen Person zu spiegeln, welchen außergewöhnlichen Einsatz sie auf sich nimmt, um zu helfen. Bei so vielen Momenten der Hilflosigkeit war es zudem stets ein zentrales Anliegen, dass die Kolleg*innen selbst (mit)entscheiden und eruieren konnten, womit es ihnen nach und auch während des Dienstes besser gehen könnte. Entgegen all dem Negativen und den Belastungen durch die Flut wurde in den Gesprächen auch sehr oft das Gefühl, etwas Sinnvolles tun und Menschen in ihrem Leid unterstützen zu können, thematisiert. Dies setzte bei einigen Kolleg*innen psychische und physische Kräfte frei, erzeugte zugleich Gefühle von Dankbarkeit und Demut. Binnen der ersten Tage wurde darüber hinaus ein Flyer der Sozialberatung mit Informationen zum Umgang mit Belastungen verteilt. Auch mithilfe dieses Mediums wurden weitere Kolleg*innen auf das Angebot der Sozialberatung, der SAPs (Soziale Ansprech-

partner*innen) und den KITlern (Kriseninterventionsteams) aufmerksam.

Insgesamt konnte frühzeitig festgestellt werden, dass nahezu alle Einsatzabschnitte der BAO diversen Belastungsmomenten (Weiteres siehe Kasten) ausgesetzt waren. Viele Kolleg*innen sind dabei an die Grenzen ihres Leistbaren gegangen.

Psychosoziale Begleitung heute

Das PP Koblenz hat, neben Sozialberater Martin Schwaab, insbesondere aufgrund des intensiven Einsatzes mit einem weiterhin hohen Nachsorgebedarf an der Ahr, mit Angelina Moers zeitnah eine zusätzliche So-

zialberaterin in Vollzeit gewinnen können. Gemeinsam mit den SAPs stiegen somit die Sozialberater in die niedrigschwelligen Einsatznachbereitungen und Nachbesprechungen ein. Sie sind sich sicher: Die frühe, unmittelbare Kontaktaufnahme im Einsatz, die direkte Stabilisierung vor Ort, die 24-Stunden-Hotline, der Flyer usw. haben sich gelohnt. Die eingesetzten Polizeikräfte wussten: Es ist jemand da, ich kann jederzeit Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen.

Noch heute, zwei Jahre nach der Flutkatastrophe, führt die Sozialberatung Gespräche mit Gruppen oder Einzelpersonen, berät, begleitet oder vermittelt in ambulante wie stationäre (traumatherapeutische) Angebote. Daneben bietet die Sozialberatung Reflexions- und Schulungsangebote für Vorgesetzte sowie Entspannungsangebote (PMR und AT) für gesamte Dienststellen an. Gemeinsam mit den Behördenlotsen werden die Kolleg*innen in Rheinland-Pfalz bei der Antragstellung von Dienstunfällen unterstützt. Insbesondere werden sie bei potenziell erlebten Belastungsmomenten zu der Beantragung von Dienstunfällen ohne Körperschaden ermutigt.

Neben den vielfältigen Angeboten im Rahmen der BAO Ahr sind die Sozialberatungen in den Behörden der Polizei RLP gemeinsam mit den SAPs auch für alle weiteren psychosozialen Belange vertraulich und im Rahmen der Schweigepflicht für euch da! **Angelina Moers & Martin Schwaab, Sozialberatung PP Koblenz**

DIE GdP INFORMIERT (Vorsorglichen) Dienstunfall stellen? Zweijahresfrist läuft ab

In wenigen Tagen läuft die Frist zur Meldung von (vorsorglichen) Dienstunfällen im Rahmen der BAO Ahr ab. Dazu sollten die eingesetzten Kolleg*innen überlegen, ob sie Erlebnisse hatten, die auch zu einem späteren Zeitpunkt psychische Beeinträchtigungen nach sich ziehen könnten.

Um sich abzusichern, ist es dann sinnvoll, über das reguläre Dienstunfallformular der ADD einen Antrag zu stellen. Dort muss ein besonderes Ereignis zu einem bestimmten Ereignistag festgelegt werden. Dafür muss das Formular ausgefüllt und in die Felder „Art der Verletzung“ und „verletzte Körperteile“ „zunächst keine“ eingetragen und mit dem Zusatz „ggf. Spätfolgen nicht ausschließbar“ der Grund des Antrags benannt werden.

Unabhängig davon sollte jetzt jedoch unbedingt ein Dienstunfall fristgerecht gestellt werden, wenn bereits psychische Beeinträchtigungen aufgrund des Einsatzes vorliegen.

Tarifbeschäftigte, die in der BAO Ahr eingesetzt waren und potenziell belastende Erlebnisse hatten, sollten zeitnah mit dem Hinweis „keine Verletzung – dient der Dokumentation von möglichen (psychischen) Spätfolgen“ eine interne Unfallmeldung ausfüllen, die in der Personalakte abgelegt wird.



FRAGEN AN TOBIAS GRABOWSKI UND JAN-PHILIPP RACKOW ZUM ZUKÜNFTIGEN VORGANGSBEARBEITUNGSSYSTEM DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ

@rtus – (k)ein Quantensprung für die polizeiliche Sachbearbeitung?

DP: Hallo ihr beiden, lieber Tobias, beschreibe uns doch bitte einmal, welche Rolle du selbst im zukünftigen Programm zur Sachbearbeitung hast und was da insgesamt auf uns zukommt.

Tobias: Nachdem ich nach meiner Dozententätigkeit an der HdP in meiner, dann zweiten, Verwendung im 4. EA drei Jahre als Referent im MDI tätig war, hat mich der Abteilungsleiter Herr Dr. Keip gebeten, die Stelle des Technischen Programmleiters im Programm Polizei 20/20 RP zu übernehmen. Mit über 40 bundesweiten Projekten, die es zu begleiten gilt, und mit den fast zehn rheinland-pfälzischen Projekten in Polizei 20/20 ist das eine große Aufgabe. Die Zusammenhänge und die Abläufe sind mir bereits aus dem Referat 345 bekannt gewesen, sodass ich zusagte und mich aktuell dieser Herausforderung stelle.

Das von dir angesprochene Programm zur Sachbearbeitung ist das Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) @rtus.rp. Das dazugehörige Projekt ist eines der zuvor genannten rheinland-pfälzischen Projekte in Polizei 20/20 RP. Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich an dieser Stelle direkt Folgendes erläutern: Unser POLADIS ist ein solides System, es hätte aber aktuelle rechtliche und technische Anforderungen aus dem Programm Polizei 20/20, wie eine bundeseinheitliche VBS-Struktur und einen damit verbundenen flüssigen Datenaustausch, in seiner heutigen Architektur kaum noch umsetzen können – zumindest nicht ohne erhebliche finanzielle und personelle Investitionen.

@rtus ist kein brandneues VBS und der Umstieg bedeutet somit zunächst auch keinen Quantensprung – auch wenn dies in der Sachbearbeitung vielleicht herbeigesehnt werden mag. Die Umstellung stellt aber genau diesen ersten Schritt auf dem Weg zu einem moderneren, bundeseinheitlichen VBS dar. Neben der Modernisierung der technischen Architektur können wir durch den Beitritt in die @rtus-Kooperation zukünftig Weiterentwicklungen wie neue Pro-

grammfunktionen, besseren Datenaustausch, Formulare oder Apps sowie Neuerungen durch bundesweit geltende Gesetze in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern gemeinsam umsetzen und neue Synergien schaffen und nutzen.

Der Austausch eines so zentralen Werkzeugs der Polizeiarbeit wie das Vorgangsbearbeitungssystem ist eine Riesenaufgabe. Von der Sachbearbeitung über das Geschäftszimmer bis zur Auswertung – es betrifft die alltägliche polizeiliche Arbeit maßgeblich. @rtus ist ein komplexes und schon bewährtes System, das wir in großen Teilen so übernehmen werden. Dennoch müssen Anpassungen erfolgen, weshalb die Endanwendenden im Prozess der Einführung und Implementierung dieses neuen Systems eine wichtige Rolle spielen.

DP: Wer arbeitet alles an dem Projekt?

Tobias: Hauptverantwortlicher und somit der unmittelbare Ansprechpartner für Dittmar Fuchs, Laurin Scheuer und mich (als gemeinsame Programmleitung P20) ist der neben mir sitzende Jan-Philipp Rackow. Er ist nach seiner Ernennung zum Polizeirat seit 2021 der Projektleiter zur Einführung unseres sogenannten Interims-Vorgangsbearbeitungssystems (iVBS).

Jan-Philipp: Wir sind ein buntes Team aus den unterschiedlichen Behörden und auch einigen externen Mitarbeitenden. Insgesamt sind wir 38 Personen bzw. etwa 20 Vollzeit-äquivalente (VZÄ), aufgeteilt auf fünf Teilprojekte, das Projektmanagement-Office (PMO) und die Projektleitung. Im Intranet auf unserer @rtus-Seite haben wir auch einige interessante Steckbriefe veröffentlicht. Es lohnt sich auf jeden Fall, da mal vorbeizuschauen.

Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus dem PP ELT, insbeson-



Auch bei Messen präsent zu sein, gehört zum Aufgabenfeld der beiden technisch begeisterten Kollegen, hier auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin.

dere in den Projektbereichen Technik, Testmanagement und eINPOL, gefolgt vom LKA im Bereich Fachlichkeit und der HdP im Bereich Aus- und Fortbildung.

Seit dem Projektstart sind wir zusammen mit den Aufgaben im Projekt personell stetig gewachsen, haben nun aber so ziemlich unseren Zenit erreicht. Eine Steigerung wird es – nach derzeitiger Planung – lediglich im Teilprojekt Aus- und Fortbildung noch geben, wenn hier die Schulung der Mitarbeitenden kurz vor dem Roll-out ansteht.

DP: Wie geht ihr mit den zahlreichen anderen Programmen um, die auch mit POLADIS zu tun hatten, sprich, wie werden die Schnittstellen behandelt?

Jan-Philipp: Das @rtus-Projekt ist in mehrere Phasen unterteilt. Es gibt zudem sogenannte Meilensteine, die es zu erreichen gilt, und es wurden Vorgehensweisen ausgearbeitet: für jedes Teilprojekt separat, aber auch teilprojektübergreifend (je nach Thema). Aktuell befinden wir uns in der sogenannten Analyse- und Realisierungsphase: Die meisten Analysen zum Abgleich von POLADIS und @rtus sowie der verbundenen Umsysteme sind ab-

Der Technische Programmleiter im Programm Polizei 20/20, Tobias Grabowski, und der Projektleiter zur Einführung unseres sogenannten Interims-Vorgangsbearbeitungssystems (iVBS), Jan-Philipp Rackow, beim Sichten und Ausprobieren von @rtus

Fotos und Logo: PP ELT



geschlossen. Dazu haben wir uns erst einmal alle fest programmierten Teile von @rtus vorgenommen – also die einzelnen Masken (z. B. Objekte oder der Vorgangsnachweis) und die Grundfunktionen (Vorgang eröffnen, abverfügen, Suche und Recherche, Verlinkungen usw.). Zentral waren auch die Erhebungen zu den Umsystemen – welche dürfen bleiben, welche werden ausgetauscht und wie verträgt sich das mit anderen Projekten wie z. B. eAS, ZIMP, eFBS usw.

Die durch den ersten Abgleich festgestellten Anpassungsbedarfe wurden von uns fortlaufend in Entscheidungsvorlagen gepackt. Diese wurden und werden aktuell von der @rtus-Kooperation und der entwickelnden Firma Dataport gegengeprüft, um exakter die Aufwände für die von uns erkannten Änderungsbedarfe abstecken zu können. Die Programmleitung entscheidet dann im Anschluss, welche dieser Bedarfe für den Roll-out umgesetzt (realisiert) werden. Dass nicht alles sofort umgesetzt werden kann – d. h. direkt beim Roll-out zur Verfügung stehen wird –, hat verschiedene Gründe. Zum einen müssen viele Änderungen mit den anderen @rtus-Kooperationspartnern abgesprochen werden, da diese davon auch betroffen sind. Zum anderen liegt es daran, dass jede Änderung Zeit und Geld kostet. Wobei Zeit im Projekt der ausschlaggebende Faktor ist. Der Grund dafür: Wir haben, wie alle anderen, für das Onboarding, also die Umstellung auf @rtus, nur ein bestimmtes Zeitfenster und nach uns stehen Niedersachsen und Hamburg in den Startlöchern.

Jetzt aktuell läuft gerade der nächste große Part – wir mussten Feinkonzepte erarbeiten für die Umsetzung der o. g. Bedarfe durch die Programmierer. Parallel dazu erfolgt weiterhin die Erstellung (Realisierung) der Formulare und die Betrachtung und Anpassung der landesspezifischen Katalogwerte.

DP: Auf was werden wir zukünftig verzichten müssen? Was wird besser durch @rtus?

Tobias: Ich sage immer „auch in Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern, die @rtus nutzen, wird gute Polizeiarbeit gemacht“. Warum sollten wir also viel ändern müssen? Fachlich Notwendiges aufgrund rheinland-pfälzischer Gesetze usw. steht außer Frage, aber ob die Schritte jetzt so oder so auszuführen sind – daran gewöhnt man sich.

Uns allen im Übrigen auch von zu Hause bekannt: An einen Neuwagen oder an ein neues Smartphone jeweils einer anderen Marke muss man sich ja auch ein paar Tage oder Wochen gewöhnen.

Jan-Philipp: Da kann ich mich den Ausführungen von Tobias nur anschließen, das sehe ich genauso und das ist auch unser Leitgedanke gewesen, als wir das Projekt im Herbst 2021 gestartet haben: Wir wollen nicht POLADIS in @rtus nachbauen, sondern wir wollen verstehen, wie @rtus funktioniert und nur dort nachbessern, wo es wirklich notwendig ist. Dass die Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz sich über Jahre an POLADIS gewöhnt haben und einige es vermutlich am liebsten auch einfach behalten würden, kann ich gut verstehen, aber dieser Schritt ist ganz einfach notwendig, um dem Ziel des Programms Polizei 20/20 einen Schritt näherzukommen, nämlich die polizeiliche IT-Landschaft in ganz Deutschland Schritt für Schritt zu harmonisieren. Eine wahre Mammutaufgabe.

DP: Wie nehmt ihr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit? Da steckt doch sehr viel Veränderung drin.

Tobias: Ja, wie gesagt, Veränderungen wird es geben. Das steht außer Frage. Wir informieren darüber in allen Projekten von P20 mittels der „üblichen Verdächtigen“ – also in den Gremien, über Newsletter und im Intrapol. Gerade im Projekt @rtus.rp machen das die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sehr kreativ und oft anders als üblich. Zudem haben wir Ende 2022 mit den Roadshows begonnen. Wir sind vor Ort in jede Behörde gefahren und haben 1:1 berichtet. Offen, ehrlich und unverblümt. Nur so geht es meines Erachtens. Wir müssen für jeden ansprechbar sein. Keine Frage darf offenbleiben.

Jan-Philipp: Speziell bezogen auf @rtus sehe ich das Ganze in zwei Phasen: zunächst die Phase, in der wir die Einführung vorbereiten. Was wir hierbei aus „PÖA-Sicht“ alles unternehmen, hat Tobias ja eben dargestellt. Die zweite Phase, die aus meiner Sicht mindestens genau so entscheidend für die spätere Nutzerakzeptanz ist, ist die Zeit des eigentlichen @rtus-Roll-outs. Also wie gut schaffen wir es, den Kolleginnen und Kollegen @rtus

von Anfang an „beizubringen“. Denn nur, wenn die Nutzenden von Beginn an verstehen, was die Philosophie ist, die hinter @rtus steckt, werden wir es auch als Organisation schaffen, POLADIS hinter uns zu lassen und positiv in die @rtus-Zukunft zu schauen.

DP: Wann gilt es für euch persönlich als gelungenes Projekt? Was ist euch besonders wichtig?

Jan-Philipp: Gute Frage ... Formell, also aus Projektmanagementsicht, kann die Antwort ja nur lauten, dass das Projekt dann ein Erfolg ist, wenn die Ziele, die wir zu Beginn im Projektauftrag festgehalten haben, erfüllt sind.

Aber ganz persönlich würde es mich schon glücklich machen, wenn wir mit @rtus dazu beitragen können, den Alltag der Kolleginnen und Kollegen ein Stück weit zu erleichtern. Mir ist bewusst, dass dies nicht vom ersten Tag an gelingen wird, denn gewisse Kinderkrankheiten sind bei so großen IT-Projekten ganz normal und auch die Umstellung auf ein fremdes System wird den Nutzenden einiges an Geduld abverlangen. Aber nach einer gewissen Anlaufzeit wäre es schön, wenn @rtus in der Organisation positiv ankommt und dabei hilft, die Polizeiarbeit in Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern.

Tobias: Ich kann Jan da nur recht geben. Dann wäre es ein gelungenes Projekt. Und was mir als Tobias Grabowski wichtig ist, ist eigentlich unwichtig. Es geht nicht um meine Befindlichkeiten, sondern um die Sache. Was meine ich damit? Vielleicht drücke ich es mit einem Zitat von Theodore Roosevelt aus: „Wer seiner Führungsrolle gerecht werden will, muss genug Vernunft besitzen, um die Aufgaben den richtigen Leuten zu übertragen, und genügend Selbstdisziplin, um ihnen nicht ins Handwerk zu pfuschen.“ – Reflektierend muss ich sagen, die richtigen Leute sind im Projekt @rtus.rp – das passt also – und an meiner Selbstdisziplin arbeite ich noch. Aber so ein bisschen ist es ja dann doch mein Job, mich als Technischer Programmleiter auch einzumischen.

DP: Vielen Dank euch beiden für das informationsreiche Gespräch. ■



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

AUS DEM HPRP

Neue PDV 211 hat breite Aus- und Fortbildung zum Ziel

Die PDV 211 wurde überarbeitet und nach zehn Jahren auf einen aktuellen Stand gebracht. Auch die schrecklichen Ereignisse von Kusel waren Anlass zur Überarbeitung und haben Handlungsbedarfe aufgezeigt. Die landesweite heterogene Gestaltung der Zielgruppe wurde als nicht mehr zeitgemäß angesehen und es wurden Zielgruppen, Trainingsumfang und auch die Intervalle angepasst. Das Thema FEM wird hierdurch ebenfalls berührt und wird sich auf die Ausstattung auswirken.

Erprobung von elektrifizierten Einsatzfahrzeugen

Die E-Mobilität soll auch in der rheinland-pfälzischen Polizei Einzug halten. Der HPR hat in seiner Sitzung der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zugestimmt, welche sich mit den damit verbundenen Herausforderungen beschäftigt, wie z. B. die Ladeinfrastruktur. Die Zusatzausstattung der polizeilichen Einsatzfahrzeuge, die einen zusätzlichen Stromverbrauch benötigen, muss berücksichtigt werden. Bei der Erprobung über ein

halbes Jahr sind die Polizeipräsidien Rheinland, Westpfalz und Trier beteiligt.

Beschaffung von Mehrzweck-Personenkraftwagen und Multifunktionseinsatzfahrzeug

Durch die Entwicklungen auf dem Fahrzeugmarkt, weg von Kraftstoffen, hin zu alternativen Antrieben, verändern die Fahrzeughersteller auch ihre Angebote im Pkw-Segment, was auch auf die Beschaffung für die bei der Polizei benötigten Fahrzeuge durchschlägt. Das Finanzministerium hat ein Auge auf die Kostenentwicklungen. Der HPR legt Wert darauf, dass die Durchmischung der Fahrzeuge landesweit weiterhin gewährleistet ist.

Modell des/der Integrationsbeauftragte/n in der Polizei Rheinland-Pfalz

Mit dem Modellvorhaben „Integrationsbeauftragte in der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz“ erfüllt das MdI ein Ziel des Koalitions-

vertrages der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Beabsichtigt ist die Stärkung des Austauschs zwischen Bevölkerung und der Polizei auf interkultureller Ebene und die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Polizei. Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des HPR hat sich mit dem Nutzen und den Zielen beschäftigt und einen Piloten im PP Rheinland vorbereitet, bei dem für den Tarifbereich eine Stelle auf zwei Jahre befristet, in diesem Fall als Sachgrund anzuerkennen, ausgeschrieben wird.

Alternatives Anhaltesystem zum Anhalten von mehrspurigen Kraftfahrzeugen

Zur Durchführung von Kontrollstellen werden seit knapp 40 Jahren die sogenannten Nagelgurtsysteme verwendet, welche unumstritten in die Jahre gekommen sind. Das PP Koblenz wurde mit einer taktischen Betrachtung beauftragt, während das PP ELT eine Markt-sichtung durchgeführt hat. Nach Auswertung der Ergebnisse soll nun die sogenannte Stoppstick-Variante im Rahmen eines halbjährigen Pilotbetriebes im PP Trier getestet werden.

Sabrina Kunz (06131) 16-3365
René Klemmer (06131) 16-3378
Steffi Loth (06131) 16-3379
Sven Hummel (06131) 16-3380
Ingo Schütte (06131) 16-3233 o. 65-3030 ■

MÖGLICHKEITEN DER LITERATURRECHERCHE BEI DER POLIZEI

Bachelorarbeit zu Legalisierung von Cannabis

Der Stadtrat der Stadt Mainz hat jüngst einen positiven Beschluss herbeigeführt, Cannabis-Modellregion zu werden. Das Thema ist omnipräsent. Wer sich mit dem Thema Legalisierung von Cannabis auseinandersetzen möchte, kann z. B. die Bachelorarbeit von unserem Kollegen Max Emde lesen, in: „Eine mögliche Teilnahme am Straßenverkehr unter Drogeneinfluss – welche Auswirkungen die Einführung eines Cannabiskontrollgesetzes auf den § 24 a StVG hat, gibt es viele lesenswerte Infos.“ Zu finden ist sie auf der Seite der Hochschule der Polizei. Hierzu im Intrapol auf „Wissen“ gehen und dann auf „Bibliothek“ und von dort auf die „Bibliothek der HdP“. Von dort sind verschiedene Recher-

chesysteme erreichbar, am besten im Volltext nach Schlagwörtern suchen. Das sind der „Bibliothekskatalog“, „Juris“, „cod“ (hier liegen alle Materialien des BKS) und alle Bachelorarbeiten. Die Bachelorarbeiten, die dort seit dem 22. BA eingestellt wurden, wurden alle mit mindestens neun Punkten bewertet und werden mit dem Einverständnis des/der Studierenden eingestellt.

Im Landesbibliothekszentrum Koblenz LBZ-Katalog plus lässt sich weitersuchen, bis hin zu allen großen Bibliotheken in Deutschland. Bei Fragen gerne an die Hochschule wenden, es gibt eine umfassende Anleitung oder persönliche Betreuung vom Team der Bibliothek rund um Cornelia Bohn. ■



Max Emde beschreibt in seiner Bachelorarbeit die Herausforderungen für die Polizei bei der Legalisierung von Cannabis im Straßenverkehr.

Heiner Illing erörtert mit Steffi Loth und Mario Bogner vom Fachausschuss Beamtenrecht die Vorgehensweise des Petitionsausschusses mit der Polizeizulage.



Foto: Büro Heiner Illing

INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES PETITIONSAUSSCHUSSES

Wer ist Heiner Illing?

DP: Lieber Herr Illing, herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Gespräch. Sie sind Vorsitzender des Petitionsausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz und damit nun auch zuständig für die Polizeizulage bzw. für die Petition von unserem Kollegen Marco Christen zur Erhöhung und Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage. Was kommt sonst so bei Ihnen an?

Illing: Tatsächlich sind etwa 90 % der Petitionen private Angelegenheiten, sie beschäftigen sich oft mit Schwierigkeiten mit einzelnen Behörden oder einzelnen Anliegen, einfach damit, wo der oder die Einzelne nicht mehr weiterweiß. Somit bleiben sie auch nicht öffentlich. Die jüngste Petition zur Abschaffung der Kostendämpfungspauschale wird übrigens auch diesen neuen Weg gehen, wie ihn die Petition der Polizeizulage genommen hat.

DP: Könnten Sie uns das bitte noch einmal genauer erklären?

Illing: Aufgrund der hohen Anzahl der Mitzeichnenden, die Grenze liegt da bei 2.500, ist bei dieser Petition Öffentlichkeit herzustellen. Das haben wir in einer unse-

rer Sitzungen nach Abschluss der Petition auch so beschlossen. Weiter haben wir uns dort überlegt, in welchem Ausschuss der meiste Fachverstand zu dem Thema besteht und da drängte sich der Haushalts- und Finanzausschuss (HuFA) direkt auf. Also haben wir dies zur Abstimmung gestellt und es wurde auch so abgestimmt. Der nächste Schritt ist also, dass der HuFA den Petenten Marco Christen in einer seiner nächsten Sitzungen anhören wird. Wir vom Petitionsausschuss werden dort anwesend sein.

DP: Wie geht es dann weiter?

Illing: Wenn der HuFA fertig ist, werden wir uns als Petitionsausschuss wieder mit der Polizeizulage beschäftigen. Es gibt da drei Varianten. Entweder wir empfehlen dem Landtag die Zustimmung zum Inhalt der Petition oder die Ablehnung oder wir haben weiteren Klärungsbedarf. Wir haben als Petitionsausschuss kein Weisungsrecht, wir arbeiten stattdessen mit Empfehlungen.

DP: O. K., dann hoffen wir, dass sich der Ausschuss unseren guten Argumenten nicht verschließt. Verraten Sie uns, was

Sie vor Ihrer Tätigkeit als Abgeordneter gemacht haben?

Illing: Gerne, ich war als Werkzeugmacher tätig und haben auf dem zweiten Bildungsweg Maschinenbautechniker gelernt. Mehr als 20 Jahre habe ich mich um den Vertrieb von Produkten gekümmert, war viel unterwegs. In den Landtag bin ich 2020 eingezogen. Ich sitze dort auch noch im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und im Umweltausschuss und bin auch noch Bürgermeister von Gau-Odernheim. Das funktioniert alles, weil unsere drei Kinder mittlerweile schon erwachsen sind.

DP: Herr Illing, vielen Dank für das Gespräch und gute Beratungen im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen.

Mario Bogner und Steffi Loth

Ergebnis der Petition: Der Petitionsausschuss hat am 09. Mai beraten und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Eingabe gem. § 110 Abs. 1 Nr. 1b) der Geschäftsordnung des Landtages zur Erwägung an die Landesregierung überwiesen wird. Ein Etappenziel für die GdP! ■

weiterer Leserbrief Kriminalitätsbekämpfung

Ein Aufschrei, der nicht in den Ohren verklingen sollte, wenn man in die Vergangenheit zurückblickt, die gespickt war von Reformen, Reförmchen, Neustrukturierung oder wie man die neuerlich beabsichtigten Gliederungen und Änderungen auch genannt haben mag. Die (kriminal)polizeiliche Arbeit ist wohl in der Hauptsache die gleiche geblieben

und sie ist noch immer das Belastungsmerkmal derjenigen, die hautnah und unmittelbar mit den Delikten und Vorkommnissen im strafbaren und verkehrrechtlichen Bereich konfrontiert sind.

Die im Leserbrief von Koll. Flick enthaltenen Würdigungen/Verbesserungen sollten so gesehen auch die richtigen, sprich, die Tag und Nacht sich mit jedermann „he-

rum reißenden“ Einsatzbeamten betreffen und die Bedeutung dieses Dienstes am Bürger begreifbar machen und entsprechend hervorheben!

**MfG Dieter Tendick,
Waldfishbach-Burgalben,
Senioren Westpfalz**



Sebastian Christmann dankt zum einen für das Ständchen zu seinem Geburtstag (wir verraten hier nicht, wie jung er wurde) und dem Organisator des Balls, Werner Hilmer, ganz herzlich.

Die Showcrew der Tanzschule Metzger aus Kaiserslautern war großartig!



Fotos: Stefanie Lohr

FRÜHLINGSBALL IN KAISERSLAUTERN

Endlich wieder tanzen

Die Fruchthalle war gut besucht, ganz viele Tanzbeine wurden geschwungen auf dem Parkett. Normalerweise lädt die Bezirksgruppe Westpfalz alle zwei Jahre zu diesem Event ein, jetzt war es nach Corona nach längerer Pause wieder so weit und allen Tanzfreunden konnte ein unterhaltsamer Abend bereitet werden. Ein herzlicher Dank geht an den Organisator Werner Hilmer für diesen beschwingten Abend! ■



Das sieht nach echtem Können auf dem Parkett aus.



Stimmung in der Fruchthalle gab es genug!



Geburtstage

70 Jahre

Hubert Werner Wirtz, KG Westerwald/Rhein-Lahn

GdP IST NETZWERKPARTNERIN

Noch mehr Gesundheit

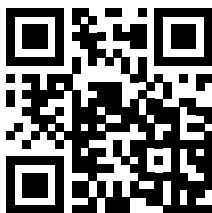


Unsere Werteumfrage hat ergeben, eure Gesundheit hat für euch höchste Priorität. Nicht nur aus diesem Grund legen wir auch weiterhin einen großen Fokus auf dieses Thema und sind Partnerin im Netzwerk für Betriebliches Gesundheitsmanagement der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG) geworden.

Auch für euch stehen vielfältige Angebote über deren Homepage zur Verfügung.

Von digitalen Fachtagungen, Online-Schulungen, Ideenwerkstätten, Infomaterialien, Ausstellungen über eine monatliche telefonische Fortbildungsreihe ist für jede und jeden etwas dabei. Auch der GdP ist eure Gesundheit wichtig, also klickt euch gerne rein und bleibt fit.

Verena Schäfer



Ruheständler

Rainer Hemmer, KG LKA

Sterbefälle

Thomas Cronauer, PP ELT Enkenbach-Alsenborn, 70 Jahre

Kunigunde Gratwohl, KG Vorderpfalz, 79 Jahre

Gerhard Lerch, KG Koblenz, 75 Jahre

Dirk Hartenberger, KG Trier, 55 Jahre

Stefan Werger, KG Worms, 62 Jahre



Termine

19.07., 12:00 Uhr: Grillnachmittag in Mainz für die Senioren und solche, die es bald sein werden, anmelden bitte bis zum 12.07. an: stonessfan@gmx.de

13.09.: Die Senioren Mainz laden ein zum Stadtspaziergang vom Zollhafen bis zum Winterhafen. Bitte bis zum 6. September 2023 per Mail an rolfgaebler@web.de anmelden.

25./26.09.: Tarifseminar in Mainz

10./11.10.: Seminar der Seniorengruppe „Ruhestand im Wandel“, Moselhotel Hähn, Koblenz

Beide Seminare sind auch auf der Homepage zu finden: <https://www.gdp.de>

SCHWABENLAND TOURISTIK
SCHWABENLAND REISEN
PSW POLIZEISOZIALWERK-REISEN

Partner der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz

5% RABATT
 5% RABATT AUF FLUGHAFENFÄHRE ZUM UND VON HANNOVER UND BERLIN (JANUAR 2024)

BESTER PREIS GARANTIE
 100% PREISGARANTIE AUF POSTBUCHREISEN BIST 31.12.2023 (AUSNAHMEN NACHFOLGEN)

REISEN
 SOZIALWERK - REISEN

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen an **0711 40269900**

Zentrale Terminal 3 - Reisemarkt, 70629 Stuttgart Flughafen, Tel.: 0711 / 40269900, Fax: 0711 / 40269919, info@schwabenlandreisen.de, www.schwabenlandreisen.de